

72-27. 11. 1992. Gew-Rat

Mehrausgaben durch die vierte Gruppe

Kindergarten schlägt im Nachtragsetat von Nackenheim zu Buche / Michael Mogk jetzt Dritter Beigeordneter

m. NACKENHEIM — Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, sowie des FWG-Abgeordneten Günter Zerbe verabschiedete der Gemeinderat während seiner jüngsten Sitzung (wir berichteten) den Nachtragsetat 1992. Er sich im Verwaltungshaushalt um 65293 Mark erhöhte und in Einnahmen und Ausgaben mit 4788219 Mark ausgeglichen abschließt. Wegen der Aufgabe des Postfrachtzentrums und anderer nicht ausgeführter Vorhaben verringert sich der Vermögenssetat von rund 3,7 Millionen auf etwa 1,74 Millionen Mark.

Zu Beginn der Sitzung wählte der Rat für den aus der Gemeinde verzogenen Zweiten Beigeordneten Reinhard Keil den seitherigen Dritten Beigeordneten Werner Schmitt zum Nachfolger. Für den Sozialdemokraten votierten in geheimer Wahl neun

Abgeordnete mit Ja, acht stimmten gegen Schmitt. Das Amt des Dritten Beigeordneten versieht künftig der 34-jährige SPD-Vorsitzende Michael Mogk, der zehn Stimmen auf seine Person vereinigen konnte. Acht Ratsvertreter stimmten mit nein.

Zum Nachtragshaushaltsplan bemerkte Bürgermeister Günter Ollig, die Mehreinnahmen resultierten aus den höheren Gewerbesteuererträgen, die um 200000 Mark auf 800000 Mark angewachsen sind. Die Mehrausgaben ergeben sich unter anderem durch die Restaurierung der St.-Nepomuk-Statue für 25000 Mark, die Einrichtung der vierten Kindergartengruppe für 34540 Mark, sowie die Erhöhung von Anwaltskosten um 22000 Mark wegen eines Erbbaurechtes. Die bessere Finanzlage gestattete es der Verwaltung, die Zuführung zum Vermö-

genshaushalt um 140322 Mark auf 448169 Mark zu erhöhen. Die Gemeinde verfügt nun über eine freie Finanzspritze von 388169 Mark.

Aus dem Vermögenshaushalt wurden die Ansätze für den Ausbau der Weinbergstraße, des Rathausplatzes, den Radweg Bodenheim-Nackenheim sowie die Gestaltung des Festplatzes wieder herausgenommen, weil 1992 für diese Vorhaben keine Kosten mehr anfallen.

Die sogenannte „Straßensteuer“, der rechtswidrige Stellenplan sowie die zahlreichen nicht ausgeführten Vorhaben veranlassen die CDU, dem Nachtragsetat nicht zuzustimmen, betonte Alfred Hoffmann. Die Streichungen von Investitionen stünden in dem Entwurf leider im Vordergrund.

Die Ausführungen des Christdemokraten unterstützte Günter Zerbe (FWG), der allerdings die Einfüh-

rung der wiederkehrenden Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen für seine ablehnende Haltung verantwortlich machte. Künftig müßten 28 Prozent der Bürger für den Straßenausbau aufkommen.

Frieder Stauder (BLN) forderte den Ausbau der Weinbergstraße noch 1993. Nach dem Ausbau von Fischergasse und Bahnhofstraße müsse in der Dorfsanierung dringend ein Anschlußprojekt gefunden werden. Auf die Verrohrung des Eichelsbaches habe die Gemeinde lange genug gewartet.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer sei erfreulich, betonte SPD-Sprecher Richard Speckenheuer. Seine Fraktion stimme dem Nachtrag zu. Bei der Abstimmung gab es von SPD/BLN elf Ja-Stimmen sowie acht Nein-Stimmen von CDU und FWG.